Berlin, 27. November 2026

Verbändeappell: Verteilnetze zukunftsfähig gestalten

„Der Fortschritt und die Bezahlbarkeit der Energiewende hängen entscheidend vom Netzausbau ab. Erneuerbare Energien und Speicher, Industrieanlagen, Rechenzentren, Ladeinfrastruktur, Wärmepumpen – alle wollen an das Stromnetz angeschlossen werden. Die Beschleunigung insbesondere des Verteilnetzausbaues ist deshalb entscheidend.“

Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 2. Juli 2026

Erneuerbarer Strom und seine Derivate, wie Wasserstoff, sind zentrale Säulen des Energiesystems der Zukunft. Der Monitoringbericht zur Energiewende im Auftrag des BMWE erwartet einen steigenden Strombedarf in allen Szenarien. Für die weitere Elektrifizierung brauchen die Betriebe eine verlässliche Stromversorgung mit wettbewerbsfähigem und klimafreundlichem Strom. Heimische erneuerbare Energien verringern darüber hinaus die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und internationalen Krisen.

Deutschland hat die Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien beschleunigt. Bei den Verteilnetzen zeigen Maßnahmen zur besseren Netzauslastung und zum schnelleren Ausbau bislang jedoch nur begrenzte Wirkung. Fehlende Daten, überlastete Netze, mangelnde Anschlusskapazitäten und langwierige Verfahren bremsen dringend benötigte Investitionen. Aus Sicht industrieller Investitionszyklen ist das Klimaneutralitätsziel 2045 bereits morgen. Der Zugang zu einer sicheren und wettbewerbsfähigen Stromversorgung ist ein entscheidender Produktionsfaktor und Voraussetzung künftiger Wertschöpfung. Dabei werden die Stromnetze immer mehr zur Herausforderung in Deutschland.

Die Folgen sind längst weit über die Energiewirtschaft hinaus spürbar: Rechenzentren erhalten nur schwer Netzanschlüsse. Industrie, Gewerbe und Mittelstand können mangels Anschlusskapazitäten ihre Prozesse nicht elektrifizieren oder gar expandieren. Damit gerät der Industriestandort Deutschland unter Druck.

Die Verteilnetze werden zunehmend zum Transformationshemmnis der Wirtschaft. Um dies zu ändern, müssen bestehende Netze besser ausgelastet, zusätzliche Kapazitäten geschaffen und Innovationen auch hinter dem Netzverknüpfungspunkt ermöglicht werden. Voraussetzung dafür sind eine umfassende Digitalisierung, eine bessere Datengrundlage und mehr Transparenz über Infrastruktur und Planung.

Der Netzausbau und die dafür erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden. Da Netzausbauvorhaben auch bei beschleunigten Verfahren mehrere Jahre benötigen, braucht es parallel weitere Maßnahmen. Das NOXVA-Prinzip in der Reihenfolge: **N**etz**O**ptimierung, Fle**X**ibilität, Netz**V**erstärkung und Netz**A**usbau sollte hier berücksichtigt werden.

Daraus ergeben sich für die kommenden Monate drei politische Leitfragen:

- Wie können bestehende Netze effizienter genutzt werden?
- Wie lässt sich die Elektrifizierung von Wirtschaft und Haushalten voranbringen?
- Wie lassen sich notwendige Netzverstärkung und Netzausbau beschleunigen?

Die unterzeichnenden Verbände stellen sich vollumfänglich hinter die im Koalitionsausschuss am 2. Juli mit dem Programm für Aufschwung und Beschäftigung beschlossenen Ziele für ein Verteilnetzpaket (VNP):

- Netzausbau beschleunigen (Halbierung der Realisierungszeit)
- Modernisierung und Digitalisierung vorantreiben
- Finanzierungsmöglichkeiten verbessern
- bestehende Netze besser auslasten
- Anschluss für Industriebetriebe garantieren

Die unterzeichnenden Verbände repräsentieren Energiewirtschaft und Stromabnehmer und wollen mit diesem Papier ihre Expertise in den Prozess einbringen, um Bundesregierung und Bundesnetzagentur (BNetzA) Vorschläge für die Ausgestaltung des Verteilnetzpakets an die Hand zu geben.

Hebel 1: Netznutzung durch bessere Auslastung erhöhen

- Modernen Netzbetrieb durch u. a. Freileitungsmonitoring, Echtzeitmonitoring, Digitalisierung der Mittel- und Hochspannung umsetzen.
- Netzverknüpfungspunkte vollständig nutzen durch anschlussnehmerseitigen Anspruch auf Überbauung der Anschlussleistung.
- Regelung der Einspeisung statt Erzeugung (in Redispatch-Situationen), um Nutzen statt Abschalten zu ermöglichen. Erforderliche Regelungen durch den Netzbetreiber müssen am Netzverknüpfungspunkt statt an der Erzeugungsanlage ansetzen. Dabei sind die Besonderheiten von Industrie- und Gewerbeparks zu berücksichtigen.
- Flexibilitätspotentiale von Industrie und Mittelstand beim Industrienetzentgelt im Rahmen technischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten berücksichtigen.
- Outputkriterien wie z. B. Digitalisierung honorieren. Die Bemühungen der Netzbetreiber sollten im Effizienzvergleich durch geeignete positive Anreize und eine angemessene Berücksichtigung ihrer Aufwendungen stärker anerkannt werden.
- Zubau von netzdienlichen Batteriespeichern ermöglichen, um Netzkapazitäten besser zu nutzen.

- Klare Rahmenbedingungen der Bundesnetzagentur (BNetzA) für flexible Netzanschlussvereinbarungen (FCA).
- Verfügbare und geplante Netzanschlusskapazitäten, bestehende Engpässe sowie realistische Anschlussperspektiven bundesweit einheitlich und transparent ausweisen. Kapazitätskarten je Netzknoten mit Jahresangabe (frei, reserviert, belegt, Schaltfelder) sollten auf allen Netzebenen einschließlich Hoch- und Höchstspannung veröffentlicht werden.
- Verbindliche Fristen und nach Verfahrensschritten differenzierte Bearbeitungsfristen für Netzanschlussbegehren einführen und deren wirksame Durchsetzung sicherstellen.

Hebel 2: Innovation vor dem Netzverknüpfungspunkt (NVP) ermöglichen

- Strom-Verwendungsmöglichkeiten vor dem NVP ermöglichen für Erzeuger, Sektorenkopplung und Industrie. Dafür müssen Distanzvorgaben und Vorgaben zur unmittelbaren räumlichen Nähe überarbeitet und die spezifische Ausgestaltung von Industrienetzen berücksichtigt werden.
- Gewerbliche und industrielle Eigenerzeugung und durch Stromerzeuger gebaute Einspeiseinfrastruktur rechtlich erleichtern. Interne Versorgungsstrukturen (wie Kundenanlagen), die als Nulleinspeisung betrieben werden und das öffentliche Netz nicht benötigen, sollten keinem Antragsverfahren unterliegen. Sofern die geltenden technischen Anschluss-, Schutz- und Sicherheitsanforderungen eingehalten werden, ist eine Anzeige ausreichend.
- Konkrete politische Kriterien wie die Standortgebundenheit für eine diskriminierungsfreie, transparente und rechtssichere Priorisierung von Netzanschlüssen.

Hebel 3: Netzausbau vereinfachen, Genehmigungsverfahren beschleunigen

- Anzeigeverfahren auf unwesentliche Neubaumaßnahmen erweitern und Schwellenwerte für die Ertüchtigung von Verteilnetzen anheben.
- Bundeseinheitliche und digitale Umweltdatenbank mit Nutzungs- und Herausgaberechten für Vorhabenträger unter Wahrung von Urheberrechten und Geschäftsgeheimnissen sowie die Möglichkeit, diese auch für lange Zeiträume verwenden zu können.
- Vollständige Digitalisierung der Verfahren sowie eine digitale Behördenausstattung mit Schnittstellen insb. mit Blick auf die zuständigen Landesumweltämter und unteren Naturschutzbehörden sowie die Landesgenehmigungsbehörden.
- Wahlrecht zwischen Erdkabel und Freileitung im Verteilnetz.
- Digitaler One-Stop-Shop für Anschlussverfahren an das öffentliche Netz: bundesweit einheitliche Plattform mit standardisierter Schnittstelle anstatt der individuellen Portal- und Formularlösungen der einzelnen Netzbetreiber. Industrienetze sollten davon ausgenommen werden.
- Beschränkung der Baugenehmigung auf eine Anzeige für Stromspeicher, wenn die Anschlussleistung bei einer Nachrüstung an einer Erzeugungsanlage unverändert bleibt.
- Ersatzneubau und Ertüchtigung von Planfeststellung und Vorprüfung zur Umweltverträglichkeitsprüfung befreien.
- Flächenverfügbarkeit für Umspannwerke mit Erweiterungsreserven planen und sicherstellen.
- Stichtagsregelung zur maßgeblichen Sach- und Rechtslage ausweiten und unionsrechtliche Voraussetzungen dafür schaffen.
- Vollständigkeitsfiktion der Antragsunterlagen in Genehmigungsverfahren einführen.

Unterzeichner:

Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE), Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (bne), Bundesverband Solarwirtschaft e. V. (BSW), Bündnis Bürgerenergie e.V. (BBEn), Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE), Der Mittelstand. BVMW e.V., DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer, Fachverband Biogas e.V., Handelsverband Deutschland e.V. (HDE), VDMA Power Systems, VEA - Bundesverband der Energie-Abnehmer e.V., VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V., WirtschaftsVereinigung Metalle. e.V. (WV Metalle), Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)